INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 41

20.1.75 WÖCHENTLICH 2. JHG. DM 0.50

WAHLEN 75 - WESTBERLIN
ALLE MACHT DEN RÄTEN ?

Wir lehnen Parteien - welcher Schattierung auch immer - ab. Für uns ist das bürgerlich-parlamentarische System formaldemokratisch. Die tatsächlichen Machtverhältnisse sind unkenntlich.
Was ist aber unsere Alternative,welche Organisationsstruktur muß unserer Auffassung nach an die Stelle sowohl des kapitalistischen Systems treten als auch unter anderen historischen Vorausetzungen den Staatssozialismus ablösen ?
Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im März 1975 könnten Anlaß sein, uns einmal etwas gründlicher über diese unsere eigenen Organisationsvorstellungen Gedanken zu machen.
In unseren verschiedenen Praxisbereichen vertreten wir die Selbstorganisation, organisieren autonome Gruppen und erfahren unzählige Schwierigkeiten, die die Selbstbestimmung mit sich bringt. Die autonomen Gruppen arbeiten eher nebeneinander als mitmiteinander. Die Zusammenarbeit sogar der Gruppen eines Bereichs ist schwierig. Diese Erfahrung machen wir jede Woche wieder auf dem Mittwochsplenum. Deshalb ist uns auch die Frage äußerst unangenehm, wie wir uns die Selbstorganisation gesamtgesellschsftlich vorstellen, wie wir die verschiedenen Bereiche miteinander verbinden wollen, einmal um jetzt wirkungsvoller zu kämpfen,zum anderen aber auch, um in einer sozialistischen Gesellschaft zu gewährleisten, daß genügend Brot gebacken wird, oder daß nicht zu wenig Kochtöpfe und zuviel Fensterrahmen produziert werden. Das alles ist natürlich nicht nur vordergründig eine Frage der Organisation, sondern der politischen Ansichten , die dahinter stecken.
Überall dort, wo mehrere Gruppen zusammenarbeiten wollen oder müssen, tritt das Problem auf, daß nicht alle Gruppenmitglieder gleichzeitig an jeder gemeinsamen Sitzung , die der Zusammenarbeit dienen soll, teilnehmen können. Man wird einige delegieren müssen, die dann als Gruppen vertreter (Delegierte) in ihren Gruppen berichten und die anschließende Diskussion und Gruppen entscheidung in das Koordinationsgremium zurücktragen. Wer so verfährt, praktiziert direkte Demokratie. Die Gruppenvertreter, die jederzeit abgewählt und zurückberufen

Alle reden vom Wählen...

werden können, werden nach bisheriger Tradition als Räte bezeichnet. Dieses politische System ist eine Rätedemokratie. Nur sie ist eine Alternative zur bürgerlichen Formaldemokratie oder zum Staatssozialismus und Stalinismus.
Bisher hatten die Räte, dort wo sie in der Geschichte seit Beginn unseres Jahrhunderts entstanden , wenig Chancen sich zu behaupten. Das spricht nicht gegen sie, wohl aber gegen diejenigen, die sie z.T. unter brutaler Gewaltanwendung liquidierten. Die SPD vernichtete blutig 1919 die Bremer und die Münchener Räterepubliken, Lenin und Trotzki liqidierten nach der Oktoberrevolution seit 1917 (Höhepunkt Kronstadt 1921) die russischen Räte (Sowjets) und Stalin leistete seinen Beitrag zur Liquidierung der spanischen Räte im Bürgerkrieg 1936-39. Räte wurden ebenso in Ostberlin 1953 verhindert, wie in Ungarn 1956, in Polen 1956 und 197o oder in der CSSR 1968.

Wir wählen direkt

Aber in den letzten Jahren wurden die Räte nicht etwa von Theoretikern als modische Neubelebung der linken Organisationsdebatte wiederentdeckt, sondern entstanden als die organisatorische Struktur der Massenbewegungen der Studenten 1968, des französischen Mai 1968, der italienischen Arbeitskämpfe im Herbst 1969, aber auch der PODER POPULAR (Volksmacht) in Chile als Organe der Doppelherrschaft, die sich parallel zum parlamentarischen System der Unidad Popular unter Allende entwickelten und heute die stärkste bewaffnete Kraft im Widerstand gegen die Militärjunta sind.

Die Räte sind nun nicht wie die verschiedenen Parteien - Organe , die sich die Eroberung der Staatsmacht zum Ziel setzen, sondern sie sind Ausdruck der Basisdemokratie und versuchen gerade die Trennung des Politischen vom Gesellschaftlichen, die Trennung des Individuums vom Staatsbürger aufzuheben. Sie sind politische und soziale Einheitsorgane, die den Staat schließlich überflüssig machen. Bei der Entstehung von Räten als Ausdruck der Selbstorganisation und der direkten Demokratie, entwickelt sich die Alternative zum kapitalistischen System - als neue Weise zu produzieren , zu konsumieren und miteinander zu leben. Das wird in den selbstverwalteten Jugendzentren ebenso sichtbar wie in der selbstverwalteten Produktion (Arbeiterselbstverwaltung- z.B. LIP), aber auch in vielen Bürgerinitiativen, die ständig zunehmen oder in selbstorganisierter Erziehung (Kinder- und Schülerläden).
Die Revolution kann kein Staatsstreich sein, bei dem sich nur die Ministerliste ändert, sondern sie muß eine SOZIALE REVOLUTION sein, die bereits beginnt, die sozialen Strukturen in der kapitalistischen Gesellschaft zu verändern, die Beziehungen der Arbeiter untereinander in den Fabriken, zwischen Schülern und Lehrern, zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern. Allerdings hat die Rätebewegung und das war sicher ein Grund für ihr bisheriges Scheitern - diese kulturrevolutionäre Seite nicht gesehen oder in ihrer Bedeutung unterschätzt.
So waren noch die russischen Räte vor allem Organe des Kampfes um die Staatsmacht, nicht wie es heute erforderlich ist, Instrumente, die gesellschaftliche Gegenmacht aufbauen und Alternativen zum Bestehenden auf allen Ebenen entwickeln.

So abgehoben - wie einige Genossen dies auf dem letzten MiPl vermuteten- ist also das Thema Räte nicht. Daß wir den uns äußerlichen Termin der Wahl zum Anlaß nehmen, über unsere eigenen Organisationsvorstellungen zu diskutieren , ist zwar bedauerlich, aber so läuft es gegenwärtig meistens noch, daß immer erst etwas passieren muß(Holger Meins -RAF-Diskussion) oder sich noch ereignen wird (Wahlen/ Räte-Diskussion), damit bei uns die Grauen Zellen in Tätigkeit treten.
Aus dem MiPl hat sich jetzt eine Gruppe gebildet, die sich genauer mit der Problematik beschäftigen und auch darüber berichten wird.
Es wurden folgende Arbeitsschritte und Themenschwerpunkte vereinbart:
1. Aufarbeitung der neueren Erfahrungen mit Selbstorganisation und Selbstbestimmung an verschiedenen Beispielen (Jugendzentren, Mieterbewegung, Arbeiterselbstverwaltung-LIP etc.)

2.Ausgehend von den eigenen Erfahrungen werden Überlegungen angestellt, wie die Selbstorganisation sich als Organisationsstruktur aller gesellschaftlichen Bereiche entwickeln läßt.
Die Räte sind die Organe dieser Basisdemokratie. Einmal wird ihre historische Entwicklung untersucht, zum anderen ihre aktuelle Bedeutung, wozu dieser Beitrag schon einige Gedanken enthält.
3. Parlamentarismuskritik. Die Funktion der Wahlen und die Bedeutung der Parteien soll untersucht werden. Es soll auch die Stellung der K-Gruppen zum Parlament dargestellt und geklärt werden, warum sie sich überhaupt an den Wahlen beteiligen.
4.Der eigene Standpunkt : Wählen oder Nichtwählen als individuelles Problem oder als öffentliche Wahlempfeh-

BALI KINO

Sonntag 11.00 Matinee (5.-26.1.) ANDREJ RUBLJOW (Whlg.)
Sa.+So. 15.00 (11.-26.1.) DER ERSTE LEHRER (Verlängerung)

Donnerstag, 16. bis einschl. Mittwoch, 29. Januar 1975:

17.45 MEXIKO: REED - MEXIKO IN AUFRUHR von Paul Leduc '72
'Die Erneuerung des mexikanischen Revolutionsfilms durch ein neues, unabhängiges Filmschaffen'. (OmU)
20.00 MEXIKO:"APUNTES" ("SKIZZEN") von Ariel Zuniga '74
Alltag und Gewalt. Vom Leben der Proletarier in der 'gefrorenen' Revolution. (OmU)

21.45 "DIE AUSLIEFERUNG SERGEJ NJETSCHAJEWS"
Spielfilm von Peter v. Gunten, Schweiz 1974
Ein Diskurs über Kapital und 'Neutralität'.

lung. Dieser Punkt - so meinte die Gruppe - sei nicht so wichtig, weil es uns vor allem auf eine Alternative ankommt.
Die Selbstorganisation - Rätedemokratie (ohne den Umweg über irgendwelche Parteien) wird ausschließlich von der Undogmatischen Linken vertreten.
5. Praktische Schritte während des Wahlkampfes. Verhalten auf Wahlveranstaltungen, in der Öffentlichkeit. Agitationsmittel, Plakate, Aufkleber, Straßentheater, Lieder, Aktionen.

ALLE MACHT DEN RÄTEN !

Den Treffpunkt der Gruppe kann man auf dem MiPl erfahren.

FREUD' UND LEID' - MITTWOCHSPLENUM

Die letzten Plenen waren bestimmt von Versuchen,die "Leiche Mittwochsplenum" zu zerfleddern,zu beklagen,zu analysieren und eine potentielle Wiederbelebung zu beschwören.Mein Eindruck vom letzten Plenum ist dagegen der, daß wir eine Phantom-Leiche diskutierten - das Plenum lebt noch immer!

Das Lamentieren über die verlorene Funktion des Plenums,es wurde ja ehemals als Delegiertentreffen der arbeitenden Gruppen begriffen,auf dem die praktischen Erfahrungen dieser Gruppen ausgetauscht und theoretisch bestimmt und verallgemeinert werden sollten, hat uns den Blick auf das,was sich unterdessen real am und im Mittwochsplenum verändert hat,verwehrt.Es hat sich nämlich längst schon ein Funktionswandel vollzogen - während wir herumsaßen und (frei nach A.Kluge:"Genossen auf dem Plenum-ratlos") ver - zweifelt nach einer neuen Aufgabe suchten!
Diese Funktion hat Stephan auf dem letzten Plenum ziemlich genau umrissen. Was sich schon real eingestellt hat, müssen wir nun auch bewußt nachvollziehen: wir müssen aufhören,gierig auf die 'Basisgruppen' zu schauen und von ihnen zu erwarten,daß sie das Plenum wieder beleben.Wir müssen uns vielmehr auf uns selbst besinnen und versuchen, uns um konkrete Themen herum zu organisieren und kontinuierlich daran zu arbeiten und dann mit den aus dieser Arbeit gewonnen Erkenntnissen selbst nach außen zu wirken.Dann werden sich die Stadtteil- und anderen Basisgruppen zu uns verhalten müssen und auf unsere Praxis reagieren müssen.Die Diskussionen um die Funktion des Mittwochsplenums haben gezeigt,daß die verschiedenen Gruppen (s.Drugstore-Artikel im INFO 39) momentan kein Interesse daran haben,ihre Arbeit im INFO darzustellen. Es ist dabei unwichtig,ob dies deshalb nicht geschieht,weil diese Gruppen es für unwichtig halten,ihre Arbeit einer linken Öffentlichkeit zugänglich zu machen,oder ob der Grund für ihre ablehnende Haltung dem INFO und dem Plenum gegenüber ganz einfach der ist,daß auch sie augenblicklich keine Arbeit machen,über die es sich zu berichten lohnt.Der Genosse vom Drugstore,der auf dem letzten Plenum anwesend war, berichtete in diesem Zusammenhang von dem Zerfall des SJSZ und von den internen Schwierigkeiten im Drugstore.
Wenn sich nun allmählich die Tatsache des "Funktionsverlustes" im obigen Sinne in den Köpfen aller durchgesetzt hat,ist der Weg für ein neues Mittwoch splenum offen.Konturen eines solchen haben sich auf den letzten beiden Plenen erkennen lassen - ich meine,daß wir jetzt die Chance haben,uns endlich einmal positiv zu bestimmen.D.h.,wenn wir uns nicht mehr als koordinierenden und informierenden Wurmfortsatz der Basisgruppen verstehen,sondern uns nunmehr als relativ autonome Gruppe begreifen,werden wir auch genauer als bisher bestimmen müssen,was wir eigentlich wollen.Einen ersten Ansatz einer

solchen Selbstverständigung werden wir schon jetzt leisten müssen,wenn wir auf die auf dem letzten Plenum diskutierte Weise in den Wahlkampf eingreifen wollen.(s. Beitrag in dieser Nummer:Alle Macht den Räten) Wenn es uns gelingen soll,bei den verschiedenen Aktivitäten zum Wahlkampf nicht nur unsere Ablehnung der bürgerlichen Parteien und deren Politikbegriff zum Ausdruck zu bringen,sondern auch offensiv unsere Alternative zum Parlamentarismus zu propagieren und zu vertreten,wird es nötig werden,sich aus dem,was in unseren Köpfen so über das Rätesystem so umherschwirrt,ein klareres und für die Mehrheit des M-Plenums vertretbares Bild zu entwickeln. Wenn uns dies gelingen könnte,wäre es wohl eines der ersten Male,daß sich die undogmatische Linke nicht nur negativ gegenüber anderen politischen Gruppen definieren würde!! Dabei muß uns eines bewußt sein:wir werden nicht in der Lage sein,auch theoretisch nicht,detaillierte Aussagen darüber zu machen,wie die Gesellschaft,die wir anstreben,aussehen soll.Eine solche genaue Beschreibung der gesellschaftlichen Situation unter "nach"-revolutionären Bedingungen leugnet die Tatsache,daß der Marxismus eine Entwicklungstheorie ist - d.h.:alle unsere heutigen Aussagen über eine zukünftige befreite Gesellschaft resultieren aus der Analyse und der Negation des kapitalistischen Systems.Unser eigenes Denken aber ist selbst noch geprägt von allen Implikationen des menschenverachtenden Kapitalismus,wie dem Konkurrenzdenken,dem zweckrationalen Handeln,von dem Warencharakter all unserer Beziehungen usw.
Dies läßt sich deutlich auch am Verhalten vieler Genossen und ihrem Diskussionsstil auf dem M-Plenum ablesen. Es geht einfach nicht an,daß immer wieder ein paar Genossen in den Diskussionen ziemlich rüde abgekanzelt werden,nur weil sie permanent versuchen,uns an unserem eigenen Anspruch zu packen!Dies war während der letzten Plenen leider häufig zu beobachten.
Auf dem letzten Plenum vor Weihnachten wurde auf diese Art ein Genosse, der früher bei der 883 mitgearbeitet hat und auf dem Plenum die Unverschämtheit sich erlaubte,über sich und seine spezifischen Probleme zu einem Thema etwas ausführlicher zu berichten,vergrault.

Seit einigen Wochen kommt nun ein Genosse aus Neukölln zum Mittwochsplenum,der dadurch "auffällig" wurde, daß er ständig unsere schönen "sachlichen" Diskussionen dadurch stört, daß er von sich selbst spricht und hartnäckig darauf besteht,daß wir endlich keine Stellvertreterpolitik mehr machen (mit welchen Modifikationen auch immer),sondern uns in unseren Arbeits- Wohn- und Freizeitbereichen organisieren und uns den dortigen Problemen stellen.Wenn dieser Genosse nun unermüdlich bei allen Diskussionsthemen in diesem Sinne interveniert,so ist dies keine Böswilligkeit von ihm,vielmehr ist das durch unser Unvermögen,unseren

eigenen Anspruch,eine Politik nach Maßgabe unserer Interessen zu machen, zu realisieren,begründet.
Wenn darauf von einem Genossen in der Diskussion mit gehobener Stimme entgegengehalten wird:"Verkaufe doch das nicht immer als den neuen politischen Ansatz - das haben wir schon vor 1 1/2 Jahren im GUM-Positionspapier geschrieben!",so ist das nicht mehr als ein Armutszeugnis für das M-Plenum.Abgesehen davon,daß die Organisations- und Revolutionstheorie die wir als die unsere bezeichnen, schon ein ziemlich historisches Stück ist, - der Hinweis darauf,daß dieses Stück bei uns sogar gedruckt vorliegt löst unsere Probleme leider nicht.

. Genosse sucht dringend Platz in einer WG - Politische AKtive Mitarbeit wird garantiert.
Schreibt ans INFO Kennwort WG

W A H L A B R U F

1
Wählt die Wahl ab
Wählt Euch selbst
Wählen wir unsere Interessen
Gegen die Qual der Wahl
für das Kapital

2
Wir sind nicht frei
Wir können nur wählen,
welche Diebe uns bestehlen
welche Herrscher uns befehlen

3
Parteien sind zum Schlafen da-
und zum schrecklichen erwachen.

4
Urnen auf dem Friedhof

ZEITSCHRIFTEN

Bei dem Hinweis im Info 40 auf den kostenlosen Bezug der "Sach"buchreihe des Deutschen Instituts der Wirtschaft fielen mir ein paar andere Sachen ein, die man ebenfalls von der Industrie oder staatlichen Stellen umsonst beziehen kann.
Da ist z.B. der BP Kurier, der viertel jährlich erscheint, auf teurem Papier gedruckt und mit vielen schönen Bildern. (Heft 3/74 u.a. Bericht über Äthiopien und Bologna) Adresse: Redaktion BP Kurier, 2 Hamburg 60, Postfach 600 340.
Ferner die Vierteljahres-Zeitschrift "Finanzierung und Entwicklung" des Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe. Adresse: Verlag Weltarchiv GmbH, 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21.
In der Schweiz gibt es eine "Internationale Treuhand AG", die regelmäßig ein Heft verschickt mit dem Titel "Information";da stehen Artikel über Wirtschaftsprobleme aus der Sicht des Kapitals drinn. (Heft 45/74 z.B. Geschäft mit der VR China,oder Wie lügt man mit Statistik) Adresse: Information der Internationalen Treuhand AG, 4020 Basel, Postfach 29.
Es lohnt sich auch, Tageszeitungen im Probeabonnement zu beziehen. Als Adresse kann man jeweils einen anderen Namen angeben. Die Neue Züricher Zeitung kann man auf diese Weise ziemlich lang kostenlos beziehen.
Sehr ergiebig sind staatliche oder halbstaatliche Stellen.So z.B. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), 53 Bonn, Friedrich Ebert Allee 114. Dort gibt's periodisch: Entwicklungspolitik-Spiegel der Presse und BMZ-Materialien (über Probleme der Entwicklungsländer).
Dann ist da noch die "Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung" mit ihrer Zeitschrift "E+Z" (Entwicklung und Zusammenarbeit), die monatlich erscheint. 53 Bonn, Simrockstr. 1.
Peking Rundschau gibt's auch ziemlich lang umsonst. Vielleicht steht dort drinn, warum Strauß von Mao und Tschou empfangen worden ist - oder ob uns das die Genossen von den K-Gruppen erklären können?

==========

ACHTUNG, Neuköllner Undogmatische !!

Wir treffen uns am Donnerstag, dem
23.1., um 20 Uhr im
Lokal "Gambrinus",
Mainzer/Ecke Biebricher Straße,
U-Bahn Hermannplatz. **Thema: Wahl**

(Nicht die Kneipe verwechseln:geraderüber tagt die KPD/A Null)

I N F O - IN EIGENER SACHE

Betrifft: die Kontonummern!!!!!!

Das Konto bei der Berliner Bank ist a u f g e l ö s t ! (lief auf den Namen Christine Repty)

Das Konto K.O. Porip hat seine Nummer geändert:

J E T Z T : 1190 34 - 101
Psch A BlnW.

WAGENBACH-PROZESS

pressemitteilung des verlages
klaus wagenbach.

über die unfähigkeit der berliner polizei, kritik zu ertragen und über die fortdauer der berliner justiz, den verlag klaus wagenbach zu liquidieren.
am 14.1. beginnt die berufung im prozess des berliner polizeipräsidenten gegen klaus wagenbach wegen beleidigung der berliner polizei.
anlaß: unsere behauptung benno ohnesorg und georg von rauch seien "ermordet" worden, stelle eine beleidigung der berliner polizei dar.
in erster instanz war klaus wagenbach freigesprochen worden.
die berufung gegen diesen freispruch wurde von der berliner staatsanwaltschaft mit großem aufwand vorbereitet: vorgesehen sind (vorläufig) 6 verhandlungstag, 38 zeugen und sachverständige.
die erschießung rauchs soll vollständig rekonstruiert werden, zur erschießung ohnesorgs der freispruch des todesschützen verlesen werden. beide absichten zeigen, daß auf der juristischen definition des wortes"mord" beharrt werden soll, also der eingeschränkten bedeutung. nur so wird eine verurteilung möglich.
der zusammenhang, indem wir das wort benutzen, wie auch der allgemeine sprachgebrauch(z.b. "selbstmord, "mord im straßenverkehr", "justizmord") zeigen aber, daß mit unserer bezeichnung der erschießung benno ohnesorgs und georg von rauchs als "mord" eine politisch-moralische verurteilung ausgesprochen wurde. die verurteilung aber besteht - wie man auch im einzelnen werten mag - zu recht: in beiden fällen hat die polizei keinesweg dazubeigetragen , die volle wahrheit über den tod des erschossenen an den tag zu bringen sondern verschleiernd und fehlerhaft gehandelt. genauso ist das verhalten der polizei von weiten teilen der öffentlichkeit kritisiert worden. und auch die erschießungen sind so bezeichnet worden, als mord (robert neumann, ulrich sonnemann) "vorbeugemord" (erich fried) und als "ungeheuerlichen fall öffentlichen mordes durch die staatsgewalt" (heinrich böll).
daß staatsanwalt und polizeipräsident nun ausgerechnet gegen klaus wagenbach vorgehen, nach so langer zeit und mit einem viele tausend dm verursachenden aufwand kennzeichnet die eigentlich politische absicht des prozesses: es ist bekannt, daß der verlag klaus wagenbach - ohnehin ein beliebtes objekt der berliner justiz klein und finanziell schwach ist. unsere kräfte sind begrenzt: wir bitten deswegen alle freunde, kollegen der presse und leser. dem verlag in der weise, die sie für richtig halten, zu unterstützen.
verhandlungstage:
14.,16.,21.,23.,28.,30.januar 75
jeweils 9 uhr dritte große strafkammer, berlin 21, turmstraße 91, saal 701

genossen,
als am 4.12.1971 georg von rauch erschossen wurde, sind tausende auf die straße gegangen und haben klargemacht, daß das nicht anderes war als mord. bei benno ohnesorg war es dasselbe. in dutzenden von flugblättern, zeitungen usw. stand und steht, daß die erschießungen ohnesorgs und rauchs durch polizeibeamte mord waren. wenn wagenbach nun wegen beleidigung vor gericht steht, weil er die wahrheit gesagt hat, dann steht er da stellvertretend für uns alle. das mindeste, was wir tun können, ist zu den prozeßterminen zu kommen, dort wagenbach politisch-moralisch zu unterstützen, einmal konkret zu erfahren, was politische justiz heißt.

rote hilfe westberlin
1-21, stephanstr.60

PRAKTIKANTENstelle von Pschologiestudent gesucht.Tel.:215562o

KURZNACHRICHTEN

In Hamburg wurde Kai Werner Allrach (U-Haft wegen vermuteter RAF-Mitgliedschaft) operiert und liegt mit äußerst kritischem Gesundheitszustand in einer Intensivstation.

7 der 8 in Hamburg Hungerstreikenden kriegen wegen ihres Gesundheitszustandes keinen Kaffee und keinen Tabak mehr - aber sie sind nicht in Lebensgefahr (meint die Justizpressestelle). "Wie von unterrichteter Seite bekannt wurde, wollen am Wochenende die Gefangenen aus der RAF in den Durststreik treten." (Tsp.18.1.75

Das "Sicherheitsrisiko" der RAF-Gefangenen hat ein neues Sicherheitsproblem produziert: Die 4o Polizisten, die den Knast Stuttgart-Stammheim mit der RAF-Prominenz bewachen müssen, sind sauer über ihre Unterkünfte("Matratzen und Bettwäsche sind schmuddelig, die Räume sind dunkle Löcher - renoviert wurde schon lange nicht mehr"). Da sie Polizisten dafür auch noch 16,4oDM von ihren 4o DM Tagesgeld blechen müssen, nimmt der Staat im Monat 984 DM Miete für jedes 2-Mann-Zimmer ein. Die Polizeigewerkschaft drohte mit einer Anzeige wegen Mietwucher.

Ein 18-jähriger, der am 11.November bei der Holger Meins-Demo festgenommen wurde, ist jetzt zu 9 Monaten Jugendstrafe (3 Jahre Bewährung) und 6oo DM Geldstrafe (ausgerechnet an die landeszentrale gegen suchtgefahren) verknackt worden.
Wenn jemand den kennt, könnte man wenigstens mal die 6oo Mark sammeln!

Am 31.12.74 wurde bei Hamburg eine Schülerin verprügelt.
Ein sog."Komitee gegen den Kommunismus", daß mit Drohungen und Gewaltaktiomen arbeitet,hat dieser Schülerin,die pol. aktiv ist,desöfteren gedroht und sich des Mordes fähig erklärt,falls sie weiter an Demonstrationen teilnehmen würde

Dieses Komitee rekrutiert sich nach eigenen Aussagen aus:Junge Union,NPD u. CDU. Aus diesem Lager wurde dem Mädchen ein "KZ"-Aufenthalt gewünscht,wo man sie vergasen möge oder"an die Wand stellen."So wurde der faschistische Putsch in Chile als"Tag der Neuschaffung von Ruhe und Ordnung"verherrlicht!
Aus:Flugblatt der Bezirksorganisation Eimsbüttel des KB-Nord,J.Reents, Hamburg 13,Rutschbahn 35

Todesstrafe für Fahren ohne Führerschein!
In München ist der 18-jährige Ernst Wiesneth nach wüster Verfolgungsjag von einem Polizeiobermeister mit 2 gezielten Schüssen ermordet worden. Nachdem Wiesneth auf ein parkendes Auto aufgeknallt war und nicht mehr weiterkonnte, kamen die Bullen auf das verrigelte Auto zu. Einer schlu mit der Knarre das Seitenfenster ei. und drückte 2 mal ab. WIesneth war sofort tot.
Der Gezielte Todesschuß scheint in das Bullen-Ausbildungsprogramm eingegangen zu sein. Allein in München gab es im letzten Jahr 3 bekanntgewordene Fälle: Im Mai starb der Taxifahrer Günter Jendrian, als die Polizei nachts auf der Suche nach einem aus Anarchistenkreisen stammenden Bankräuber in seine Wohnung eindrang und auf ihn schoß. Jendrian war den Beamten mit einem Kleinkalibergewehr entgegengetreten, vermutlich glaubte er an einen Überfall. Im August erschoß ein Polizist den Kraftfahrzeugmechaniker Blasius Hoffmann, der bei der Ankunft der Streife gleichfalls mit einem Gewehr bewaffnet in der Haustür stand, nachdem er zuvor angeblich Hausbewohner mit der Waffe bedroht hatte.

Im September schließlich streckten Beamte einen Geschäftsführer mit einem Bauchschuß nieder, der vorher eine Funkstreife zur Hilfe gerufen hatte, weil in seiner Wohnung die Alarmanlage ausgelöst worden war. Als die Polizei eintraf, trug er zum Schutz gegen die vermeintlichen Einbrecher eine Schrotflinte bei sich. Die Polizei glaubte den Täter vor sich zu haben und schoß. T.S. 16.1.75

Jugendarbeitslosigkeit
Die arbeitslosigkeit unter jugendlichen ist weiter gestiegen. Die Bundesanstalt für Arbeit spricht von 100000 jugendlichen arbeitslosen (Berlin 1100), die dunkelziffer nicht eingerechnet. Die zahl der angebotenen ausbildungsplätze für Haupt- und Realschüler ist weiter gesunken, wobei die masse der schulabgänger in den nächsten jahren weiter steigen wird.
In diese situation stößt das angebot der fünf spitzenverbände der kapitalisten, 40000 ausbildungsplätze für schulabgänger zusätzlich kurzfristig einzurichten. Dieses angebot ist an erstmals öffentlich formulierte bedingungen geknüpft. Diese sind: 1. Die bundesregierung soll die betriebliche, nicht die überbetriebliche ausbildung fördern. 2. Überprüfung aller seit 1970 erlassenen ausbildungsordnungen. 3. Steuerrechtliche investitionsbeihilfen und möglichkeiten zur sonderabschreibung. 4. Auch in zukunft soll den gewerkschaften keine aufsichts- noch mitwirkungsrechte bei der ausbildung zugestanden werden.

Die offenheit in der hier die berufsbildungsreform torpediert werden soll, hat die volksvertreter selbstverständlich "empört". Die fdp sprach von einem "angriff auf unsere parlamentarische demokratie", spd-bundestagsabgeordnete sahen einen "unerhörten erpressungsversuch", die junge union fand's "unverantwortlich gegenüber tausenden von jugendlichen". Das wissenschaftsministerium hielt sich allerdings in kommentaren "betont zurück".

Als einen „unglaublich zynischen Umgang mit dem Lebensschicksal junger Menschen" bezeichnete ein Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft den „Angriff" der Spitzenverbände der Wirtschaft auf Rohde. Erstmals würde öffentlich zugegeben, daß die Ausbildungskapazität bei gutem Willen durchaus erweitert werden könnte und eine große Zahl der derzeit arbeitslosen Jugendlichen nicht auf der Straße stehen müßte. Falls diese skandalöse Verweigerung von Ausbildungsplätzen durch die Arbeitgeber nicht unverzüglich behoben werde, müsse die Bundesregierung durch Gesetz die Möglichkeit schaffen, die Unternehmer zur Ausbildung zu verpflichten. Der „Erpresserbrief" an den Bundeskanzler demonstriere „den eklatanten Mißbrauch wirtschaftlicher und politischer Macht durch die Wirtschaftsverbände". SZ 18.1.75

Siehe dazu auch INFO BUG 16, Lehrlingserfahrungen.

WAHLKAMPFGRUPPE

Wir sind eine gruppe von ca. 1o genoss(inn)en und wollen mittels plakaten, theaterstücken, liedern unseren beitrag zu den wahlen beitragen.
Diejenigen die z.b. lust haben, aus volksliedern bzw, schlagern anti-wahl-songs zu machen, wer lust hat wahltheater zu spielen soll mitmachen.
ES GIBT KEINE ALTERNATIVEN IN DEN WAHLEN -ES GIBT NUR EINE ALTERNATIVE ZU DEN WAHLEN
kontakt auf dem mittwochsplenum

ANZEIGEN

wir haben 2 fabriketagen und suchen leute 2 - 4 für wg
näheres unter 6 12 42 52

Suche Zimmer in WG, mögl. in 62, 31, oder 41 ! Sabine, Tel.782 5132.

Suche 1-, oder 2-Zimmerwohnung
Merkub 782 5565 .

zimmer frei in wg, suchen noch eine frau, z.zt. fünf leute, wedding, kein komfort, anspruch: solidarisches zusammenleben.
tel. 4936852

genosse sucht dringend platz in wg, politische aktive mitarbeit wird garantiert, schreibt bitte an das INFO-BUG.

suche dringend zimmer in wg - bin student, 24, tel. 8335804

suche wg oder leute, wo ich 2 2 monate wohnen kann. bezirk 41, 45 oder 46, da ich in der nähe arbeite für die zeit.
außerdem suche ich frauen, die gerne eine frauen-wg gründen möchten. sabine 6939672

wir (2m,1w) suchen noch leute, die mit uns eine wg gründen wollen und fänden es dufte, wenn man sich vor dem zusammenziehen schon ein bißchen kennen würden. wir dachten da zb. an einen gemeinsamen urlaub oder so. wenn ihr lust habt, ruft doch mal an tel. 2 15 44 93

am 28.jan, 11.feb, 25.feb, jeweils um 9.00 ist eine versteigerung in der neuköllnischen allee 60 - 74, von möbeln der amis
besichtigung immer 'nen tag vorher

suche 2 zimmerwohnung - miete bis 250,- dm - bei vermittlung 200,-
erreichbar ab 17.00
hans-peter 8 55 14 36

suche bmw r 69 s-motor oder 750er karte ans info

suche zimmer in wg schöneberg oder wilmersdorf - karl 7825132

suchen 2 ölöfen + 1 waschmaschine
gaby 6 93 26 31

psychologe, 25, sucht zimmer in gepflegter undogm. wg 8 55 34 52

Suche gebrauchtes Solex
Angebote an Karin Burkhard, 1-10, Kaiserin-Augusta-Allee 88a
Tel.343 3951

2 Frauen suchen 3-Zi-Wohnung in Schöneberg o.Steglitz
Renate 343 23 20/Elisabeth 822 21 54

Gerüchteweise sollen in der Knobelsdorffstr.26 u.32 mehrere Wohnungen frei sein (SAnierungsgebiet Klausener Platz, aber erst in einigen Jahren dran) Interessenten müssen sich bei de Neuen Heimat zum richtigen Sachbearbeiter durchtelefonieren (und nicht abwimmeln lassen!)

TERMINE

Di 17Uhro5 ARD Grips-Theater: Ein Fest für Papadakis (1.Teil)

22Uhr ZDF Filme, die verändern sollen

Mi HAW-Frauengr. Offener Abend - Diskussion: Bedeutung einer Bezugsgruppe und weibl.Homosexuelle

Arsenal: Planet Venus - ital.Film über die Situation der Frau im Verhältnis zur linken Bewegung 18uhr3o

Ard 17uhro5 Fest bei Papadakis (2.Teil)
21uhr45 Menschen und Mauern - Kriminelle zwischen Vorurteil und Urteil

-"Kann Autogenes Training helfen ? " Urania,19 uhr,im Kleistsaal.
- "TKX antwortet nicht" film im Focus,donaustr. 88

mittw. u. don.:"die verronrung des franz blum"um 23 uhr im filmkunst 66.

Do Politfete der Jusos Neukölln ab 19uhr3o im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt

Vortrag der Ges.f.dt.chin.Freundschafft über Verbindung von Theorie und Praxis in der Erzeihung um 19uhr3o 1-31, Kaubstr.9

SFB I 2ouhr3o Die Therapie heißt Solidarität - Erfahrungen aus einer Strafanstalt

ARD 16uhr 3o Weiberherrschaft - Wollen wir die?

DDR II 21uhr2o Winter und Frühling 45 Dokumentarfilm über die letzten Monat des 2.Weltkriegs

3.europäischer Verbraucherforum,im audimax der kongresshalle,1o-13 u,14.3o-17 uhr

-"die sexuelle entwicklung der einzelnen lebensalter", vortrag vom Elternselbsthilfekreis im haus der jugend,fuchsbau 1/51,thurgauerstr.66,2ouhr

Fr ZDF 21uhr3o Eine 2emanzipierte" Frau

III.Programm 2ouhr15 Die ital.Polizei ein Staat im staat?

Sa und So

im Quartier Latin ab 21uhr Chile (mit Lied des Teufels, TiK, Liberacion Americana) Entritt 4.5oDM

SON. 19 uhr WG -initiative bei Boeck; RegensburgerStr.14a

So ZDF 21uhr15 3o Jahre nach Ausschwitz - Augenzeugen berichten

"KINDERKRIMINALITÄT": im sfb I um 15 h

Allg.:Prozesstermine am 23,28,3o gegen Wagenbach wegen "Beleidigung der berliner polizei"(wegen den Behauptungen B.Ohnesorg u, G,von Rauch seien ermordet worden.)um 9uhr dritte Gr. Strafkammer,turmstr.92 S. 7o1.

MEDIENARBEIT

In den nächsten Infos soll versucht werden jeweils ein bestimmtes Medium darzustellen.Dabei sollen vor allem praktische Hilfestellungen angeben werden:wo man z.b. lernen kann mit einem best. medium umzugehen,anwendungsbereiche des mediums,usw.

Dafür wäre es gut wenn Leute die mit einem best. Medium arbeiten oder gearbeitet haben,sich mal aufraffen würden u. ihre Erfahrungen mitteilen würden damit alle davon profitieren können.

Also:WER KONKRETE TIPS IN BEZUG AUF ausbildungsmöglichkeiten,anwendungsbereiche,ausleihmöglichkeiten od. billige einkaufsmöglichk. von arbeitsgeräten usw. hat für die MEDIEN: FOTO/FILM/TONBAND/DRUCK/VIDEO/THEATER MUSIK so wie für andere medien,der soll sie ans INFO-BUG unter dem STICHWORT "medieninfo"schicken.

Arbeiter betreiben Fabrik

LONDON, 17. Januar (Reuter). Arbeiter in der britischen Stadt Liverpool haben den Betrieb der zusammengebrochenen Firma Kirkby in eigene Regie übernommen und am Freitag mit staatlicher Unterstützung die Produktion von Heizkörpern und Autozubehör aufgenommen. Kirkby ist das erste Werk in Großbritannien, das unter völliger Kontrolle der Arbeiter steht.

Für die Labour-Regierung unter Harold Wilson und die Gewerkschaften erfüllt sich zumindest in diesem Betrieb ihr Versprechen nach mehr Demokratie in der Wirtschaft. Weitere Betriebe in Arbeiterhand sollen noch in diesem Jahr mit staatlicher Unterstützung die Produktion aufnehmen.

Entschädigung zugesprochen

WASHINGTON, 17. Januar (ddp/AP) Schadenersatz in Höhe von 10 000 Dollar hat ein Gericht in Washington jedem der rund 1200 US-Bürger zugesprochen die im Jahre 1971 bei einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg auf den Stufen des Parlamentsgebäudes festgenommen worden waren. Das Gericht war der Auffassung, daß die Festnahmen gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Demonstranten verstoßen haben, daß sie zu Unrecht inhaftiert und „böswillig" verfolgt worden waren. Die Gesamtsumme von rund zwölf Millionen Dollar soll die Polizei von Washington und der Sicherheitsdienst des Parlaments gemeinsam aufbringen. Es wird erwartet, daß die Regierung Berufung gegen das Urteil einlegt.

Es werden noch ein paar Leute gesucht die daran Interesse haben kontinuierlich bei der Herstellung einer Informationsbroschüre für Berlin(bißchen ähnlich wie Logbuch) mitzuarbeiten.Schreibt ans INFO-büro, Kennwort "Broschüre".

SAK Jur% Schneider Stein

Im INFO Nr. 39 veröffentlichten wir einen Artikel aus dem Tagesspiegel, der sich mit den"Hintergründen" um die Berufung Prof. Schneiders auf einen jur. Lehrstuhl der FU und mit dem Brief des SAK Jur (Sozialistisches Arbeitskollektiv) an den "lieben Joachim" (Schneider) befaßt hatte.
Nach den Reaktionen der "Öffentlichkeit" gab das SAK eine Presseerklärung ab, in der auf den eigentlichen Sachverhalt für die Ablehnung Schneiders eingegangen wird:

Für den vakanten Lehrstuhl Kriminologie war vom Fachbereichsrat der letzten Amtsperiode eine Berufungsliste aufgestellt worden, auf deren erster Stelle Prof. Wolf stand. Die Berufung von Wolf ließ hoffen, daß das Fach Kriminologie aus dem Schattendasein am Fachbereich herausgeführt werden würde.Wolfs Berufung schien dieser Forderung wenigstens ansatzweise gerecht zu werden.Hier schlug aber die NoFu zu.Der normale Gang einer Berufungliste ist nach ihrer Verabschiedung im Fachbereichsrat der zum Senator für Wissenschaft und Kunst.Der für das Absenden zuständige Prof. Lüttger berichtete dann auch dem damaligen Fachbereichsratsvorsitzenden Prof. Gärtner auf dessen Anfrage, daß er die Berufungsliste abgesandt habe.Diese Information entsprach indes nicht der Wahrheit.Angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Fachbereichsrat, die für die Rechten einen sicheren Erfolg zu bringen versprachen, hielt das ehrenwerte Mitglied des Fachbereichsrats Prof. Lüttger die Liste zurück.Nachdem die Wahl der rechten Fraktion eine Mehrheit von 9:6 beschert hatte, tauchte in einer der ertsten Sitzungen des neuen Fachbereichsrats die Besetzung des Lehrstules Kriminologie als Top auf der Tagesordnung auf.Daneben tauchte auch ein Herr Schneider auf.Er war von einigen wenigen Initiatoren zu der Sitzung geladen worden, die meisten Mitglieder des Fachbereichsrates wußten von der Einladung nichts.Schneider wurde von der rechten Fraktion als neuer Kandidat für den Lehrstuhl Kriminologie vorgestellt.Die Überrumplungstaktik hätte tatsächlich geklappt, wenn nicht etliche Studenten den Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung -und damit die Abstimmung-dadurch verhindert hätten,daß sie den Sitzungsraum nicht verlassen haben.Allerdings wurde dann in der schleunigst anberaumten nächsten Sitzung,die unter Polizeischutz im Hause des Senators des Inneren stattfand,das von der rechten Fachbereichsratsmehrheit gewünschte Ergebnis erreicht : Die Liste mit Wolf wurde gegen die mit Schneider ausgetauscht.

Schneider hat also seine Berufung einer Nofu-Nacht- und Nebel-Aktion zu verdanken,die mindestens einen nachhaltigen Protest zur Folge haben mußte.Aus dieser Situation heraus haben wir einen offenen Brief an Schneider geschrieben, der nun schon seit mehreren Tagen als "Drohung" durch die diversen Gazetten geistert,und inzwischen zu Strafanzeigen geführt haben soll.
Konkret ist dazu folgendes zu sagen:
1. der Brief enthält nichts anderes als zusammengestellte Ausschnitte der Berliner Situation, die -freilich umformuliert-den einschlägigen Nofu-Veröffentlichungen ("FU unter Hammer und Sichel")entsprechen.

2. uns fällt es schwer daran zu glauben,unser Einfluß an der FU könnte einen von den Herrschenden derart protegierten Mann wie Schneider dazu bewegen eine Berufung an die FU zurückweisen.Als Beweis unserer Annahme dient uns eine Mitteilung der "Welt"vom 6.1.75 Ihr ist zu entnehmen,daß Schneider"am 1o. Dezember letzten Jahres endgültig den Ruf an die FU abgelehnt"hatte,Unsere Fachbereichszeitung,die

den Brief an Schneider enthielt ist aber erst am 11.Dezember erschienen,sodaß der Brief für den Entschluß keinerlei Bedeutung erlangt haben kann.

Für diesen gibt es ganz andere Gründe: Schon im Juli 74 gab sich Schneider im Verlauf der Anhörung durch de Fachbereichsrat äußerst optimistisch bezüglich der personellen und sachlichen Ausstattung seiner künftigen Arbeitsstelle an der FU. Die Rechten am Fachbereich machten sich Schneiders Standpunkt zu eigen, der FBR-Vorsitzende Baumert ging im September 74 so weit, sich persönlich für die Annahme der Berufung für die Kriminologie durch Schneider zu verbürgen. Während der Verhandlungen zwischen Schneider und dem Wiku wurde aber ziemlich schnell klar, daß trotz der Aussicht, einen international exponierten Kriminologiedogmatiker nach Berlin zu bekommen, die finanziellen Mittel des Senats begrenzt waren. Unfähig, diese Grenzen einzuschätzen verbuchte die FB-Rechte die Schneider-der-Berufung schon zu diesem Zeitpunkt als sicheren Erfolg.Von dieser vermeintlich starken Position aus pokerte Schneider mit dem Wiku Stein setzte zu hoch + und verlor. -

Die Nofu stand nun vor dem Dilemma, das Scheitern einer Berufung, mit der sie sich und einen guten Teil ihrer FB-Politik identifiziert hatte, erklären zu müssen. Was lag da näher, als einer erstaunten Öffentlichkeit die Geschichte eines nötigenden Drohbriefes als Grund für den Verzicht Schneiders aufzubauen und daraus auch noch ein Wahlkampfthema zu machen. Wir fragen uns z.B., warum der Presse erst am 3o.Dez. ein "Drohbrief" präsentiert wird, der schon seit dem 12. Dez. an unserem Fachbereich zirkuliert und weiterhin, warum die Rechten erst Anfang Januar 75 die Öffentlichkeit von der Ablehnung Schneiders unterrichten, die ihnen schon seit dem 1o. Dez. bekannt ist?
Insgesamt haben wir die "Drohbrief"-Kampagne der Rechtsradikalen mit Heiterkeit aufgenommen und sehen den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen mit großer Gelassenheit entgegen. →

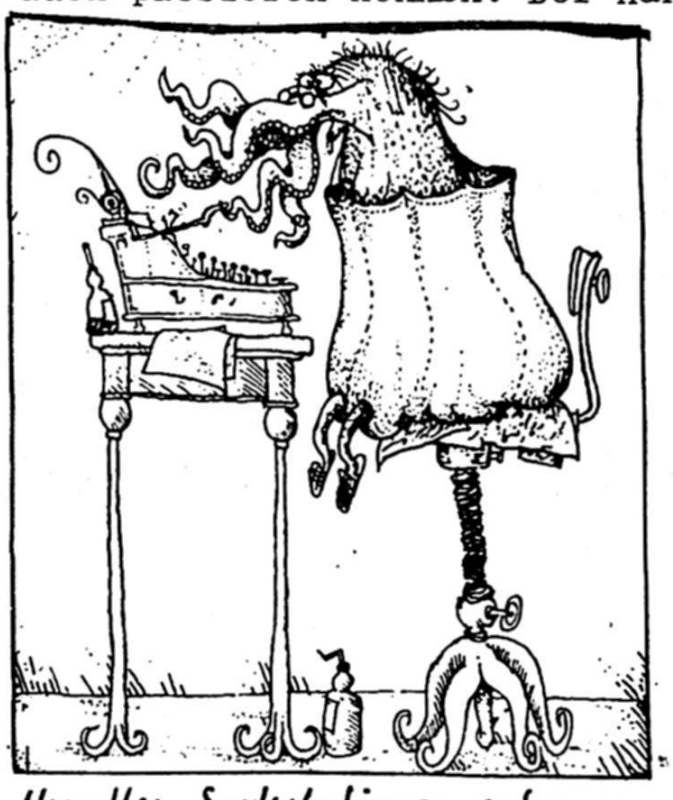
Man könnte also zur Tagesordnung übergehen, wenn die ganze Geschichte nicht ein weiteres Mal die totale forschungs- und bildungspolitische Dekadenz offenbaren würde, die die tägliche Praxis der Rechten an unserem Fachbereich bestimmt. -

Neben der Presseerklärung ging auch Post an den „lieben Werner".

An den Senator WiKu

Professor Werner Stein

Lieber Werner !
In den letzten Tagen finden wir uns häufiger in der Presse und lesen, daß du sauer auf uns bist. Du hast ja schon viele Sachen scharf verurteilt und mußtest deswegen auch wohl wieder ran. Schlecht informiert, den Brief nicht gelesen bzw. nicht verstanden und dann große Töne spukken ... also weißte,Du fängst das Jahr ja gut an. Paß bloß auf, daß die Leute das nicht mitkriegen !
Also noch mal ganz langsam und auch für Dich zum Mitdenken:
Du meinst also, wir hätten einen Drohbrief geschrieben ?
Du solltest mal Deinen Vorleser wechseln, in aller Freundschaft ! Also:
In der Hoffnung, daß er (Dein Vorleser) Dir diesmal nichts verschweigt:
Wir haben dem Hans-Joachim lediglich Szenen aus dem täglichen Leben auf dem Ku-Damm geschildert, so wie sie Dir auch passieren könnten. Der Hans-



Um allen Spekulationen entgegenzukommen, veröffentlichen wir ein Originalphoto unseres presserechtlich verantwortlichen Chefredakteurs Rup Recht

Joachim sollte schließlich nicht völlig uninformiert nach Berlin kommen (z.B. denken,hier liefen alle als Berliner Bären rum oder ähnliche Märchen).Weiter ham wir geschrieben,

daß es Studenten gäbe, die den Schneider vielleicht nicht in die Uni reinlassen wollen.Sowas solls ja auch schon gegeben haben. Aber was die so im einzelnen vorhaben,wissen wir nicht. Der Plan ist jedenfalls ganz schön blöd. Die müßten ja den ganzen Tag auf der Lauer liegen und aufpassen,obs der Hans-Joachim nun ist oder ob er sich nicht verkleidet hat. Außerdem könnte er immer noch durchs Fenster rein oder durch den Keller oder durch den Kamin. Wenn er also ernsthaft reinwill,dann kommt er auch rein,das ist ja wohl klar !

Jedenfalls kann man bei gehöriger Anstrengung aller Sinne dem Brief nur entnehmen,daß wir uns nur um die Gesundheit von Hans-Joachim gesorgt haben,weil ihm Baumert und Mußgnug verheimlicht haben,was er hier für nen Job bekommt.(Eigentlich wäre das sogar unter Deine Fürsorgepflicht gefallen)
Apropos Fürsorgepflicht-- vielleicht liest Du mal unsere Presseerklärung und schützt uns ein bißchen vor solchen Berufungspraktiken.
P.S. Hoffentlich erzählen sie Dir nicht,wir hätten Dir jetzt auch nen Drohbrief geschrieben !

Dein Liebes ♡ SAK

Liebes SAK!

Ich freue mich immer, wenn ich in der bürgerlichen Presse was über dufte Aktionen der Linken lesse. Leider unterschlagen diese bezahlten Schreiberlinge aber meistens das wichtigste dabei und versuchen, die Inhalte falsch darzustellen. Deshalb ärgere ich mich oft über dasVerständnis von Gegenöffentlichkeit in Spontigruppen, die es nicht für nötig halten, Inhalte, Hintergründe und Ablauf ihrer Aktionen anderen mitzuteilen.
Ein (negatives) Beispiel seid ihr.
Der Brief an Schneider stammt von Anfang Dezember, das Flugblatt mit der Presseerklärung und dem Brief an den Stein ist auch schon eine Weile gedruckt, ohne daß es einige SAK-Mitglieder, die zum Mipl. kommen, für nötig hielten, etwas darüber zu berichten (Es ist doch nicht ganz auszuschließen, daß andere UNi-Spontis was davon lernen und sich an ihren Fachbereichen auch was Nettes ausdenken).
Und die Uni-Guerilla könnten ruhig auch mal was über ihre Mehl-Bomben weitervermitteln.

Euer lieber INFO-Redakteur T.

FFH

MIR STINKT ES -

UNS ALLEN STINKT ES !

Der Bericht,der 2 Genossinnen von der Erzieher (FFH) hat mich irgendwie beeindruckt: meine 4jährige Tochter ist nämlich direkt von der repressiven Erziehung und den Mißständen in den Kindertagesstätten betroffen.
Ihr habt vollkommen recht, wenn ihr das pädagogische Personal so beschreibt:
- unkritisch ihrer Arbeit gegenüber
- gefühlskalt zu den Kindern
- Desinteresse gegenüber verhaltensgestörten und sozial schwachen Kindern
- geringe Bereitschaft zu Auseinandersetzungen zu pädagogischen Problemen
- Voreingenommenheit gegenüber allem Neuen, speziell Praktikanten.

Ich hab mir schon den Kopf zerbrochen, wo und wie ansetzen, um etwas zu verändern. Einige Kontakte und Beziehungen bahnen sich schon an, allerdings keine spektakulären Aktionen und Erfolge. Alles dauert sehr lange und ist sehr schwierig. Aber man kann etwas machen. Auf keinen Fall solltet ihr daraus den Schluß ziehen: BERUF "ADE"!
Wie soll sich denn in absehbarer Zeit etwas im Sozialisationsbereich ändern, wenn wir dort nicht politisch arbeiten?
Vielleicht können wir uns darüber mal unterhalten (Gert, 606 54 15)
Für interessierte Genossinnen und Genossen: besorgt euch mal den Kindertagesstätten-Entwicklungsplan (KEP I) vom Senator für Jugend und Sport. und "Arbeitsbedingungen von KITA-Erziehern" - Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse einer Befragung Nov. 73, Fachgruppe Sozialpädagogen in der GEW. Evtl. könnte man darüber eine Diskussion im INFO ankurbeln.

WOHNGELD

Genoss(inn)en!

Wer meint, er zahlt eine zu hohe Miete(wer zahlt die nicht ?), dem sei hier mal kurz erklärt, wie er an Wohngeld rankommen kann.
Beantragen müßt ihr das Wohngeld bei den zuständigen Bezirksämtern, Abt. Bauwesen:
Tiergarten, Turmstr.35; Wedding, Osloerstr.18; Reinickendorf, Alt Reinickendorf 45; Spandau, Carl-Schurz-Str.2; Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 1oo; Schöneberg, Salzburger Str.21-25; Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz 4; Steglitz, Goethestr.9; Kreuzberg, Schöneberger Str.2o; Neukölln, Weigandufer 45; Tempelhof, Manteuffelstr. 65; Zehlendorf, Kirchstr.1 .
Bafög-Studenten können sich die Mühe des Wohngeldbeantragens sparen, weil im Bafögantrag dafür schon ein Höchstbetrag angegeben werden kann.Maximal fließen dort 45.- DM Wohngeld mit ein.
Alle anderen können, bzw. sollen Wohngeld beantragen, wenn sie nicht gerade umsonst irgendwo wohnen oder zuviel Kohle verdienen.
Man braucht:
- 5 Formulare vom Wohngeldamt, welche da lauten:1.Antrag auf Wohngeld;
  2.Untermietsbescheinigung (z.B. bei WG's);
  3."Erklärung", daß man keine Vermögenssteuer zahlt;
  4.Verdienstbescheinigung;
  5.Ergänzende Angaben zum Antrag auf Wohngeld;
- Bafögnegativbescheinigung(bekommt man schriftlich von den Bafögämtern)
- polizeiliche Anmeldung; (beides
- Steuerkarte ; nur vorzeigen)
- Semesterbescheinigung;
- Bescheinigung, wieviel Kohle man von seinen Eltern bekommt;
- Negativbescheinigung vom Heimatort, daß dort kein Wohngeld beantragt ist (nur bei westdeutschen Studis und Arbeitern)
- Mietvertrag (nur bei Hauptmietern)
- in manchen Fällen(z.B.westdeutsche Studenten)wollen die Amtsfreaks noch eine Bescheinigung, daß man nach Abschluß seines Studiums nicht wieder in den elterlichen Haushalt zurückkehrt.Da muß man sich halt ' was aus den Fingern saugen ;
  Alle Macht der Phantasie !!

Am wichtigsten ist der "Antrag auf Wohngeld".Wenn ihr den ausgefüllt abgegeben habt, schreiben sie euch dann schon, was sie sonst noch für'n Papierkram sehen wollen.Allerdings muß man innerhalb eines 1/4 Jahres alles zusammenhaben, ansonsten verfällt der Antrag.Die Zahlung läuft immer rückwirkend vom Abgabetag des genannten Antrages.
Laßt euch im übrigen auf den Ämtern nicht abwimmeln und besteht drauf, Daß sie die Formulare rausrücken.
In den verschiedenen Bezirken wird die Sache oft unterschiedlich-bürokratisch gehandhabt.Manchmal trifft man sogar freundliche Leute, die einem weiterhelfen.

---

arbeiterkindergruppe (sonderprojekt mit sog, sozialschwachen familien) sucht ab 1.märz 1 männlichen betreuer für 3-4 jährigen. einarbeitung ab sofort angebracht.
tel. 2623106 alfred

unsere gruppe II sucht ab sofort 1 männlichen betreuer für eine gemischte schülergruppe aus deutschen und türkischen kindern.
tel. 251 2828 hilde u. susa

wir würden gerne eine qualifizierte kraft bat 4 (sozialarbeiter, psychologe, lehrer) haben, aber nicht unbedingt erforderlich.
praktische erfahrungen sind auf jeden fall bei der schülergruppe erforderlich.

KURZBERICHT
TEACH-IN: HUNGERSTREIK

Wegen der politischen Zensur (Präsidial amt der TU) mußte es von Samstag auf Momtag verschoben werden mit der Unterschrift,keine Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen zuzulassen.Das Audimax war dann ein Zehntel so voll wie nach Holgers ermordung.Das sagt doch wohl sehr viel aus über die Poltik der Linken.Hat sie nicht erkannt,daß die ermordung durch Zwangsernährung zur Zeit viel näher ist als damals?Oder wenn sie es weiß,warum verhält sie sich so passiv?
Das Teach-in war geplant als Informationsveranstaltung über den Stand des Hungerstreiks.Und diese wichtigen Informationen erhalten wir nicht in Kneipen,Kinos oder auf linken Feten!!
Ich gebe wieder,was mir besonders wichtig erscheint:
Ra Groenwold führte aus,daß der Tod durch verhungern lassen auch von andere in Kauf genommen wird,daß die Medienstrategie (Presse,Rundfunk,Fernsehn)die ist,über medizinische Analysen"herauszufinden",daß Zwangsernährung lebensgefährlich ist einerseits,und daß dann, wenn einige sterben,daß zu verdauen ist da man ja genug verbreitet hat,daß es die Isolation ja eigentlich nicht gäbe (ca.80% sollen angeblich laut Umfrage gemeint haben,bei Holger Meins wäre keine Schuld von Gerichten und Regierung zu sehen.
Im Rahmen der Arbeitsteilung des System Systems kam dann Heinemann die Funktion zu, das Todesurteil zu verkünden, indem er so tat, als gebe es die Isolation nicht mehr, als die Forderung nach Gleichbehandlung erfüllt, was eine dreckige Lüge ist. Auch die Bemühungen von Pfarrer Östreicher wurden vorzeitig veröffentlicht, um so Verantwortliche unter den Druck der veröffentlichten faschistischen Meinung zu setzen.
Nach 13o Tagen Hungerstreik werden mit jedem Tag die Verantwortlichen näher vor die Alternative gestellt, ihr Mörderprestige zu wahren oder die Gleichbehandlung zu ermöglichen.
Gronewold sagte noch, daß ein internationales Verteidigungskomitee gegründet wurde zu dem Zweck, die Sicherung der Verteidigung der RAF-Gefangenen garantieren und internationalen Druck zu ermöglichen. Diesem Komitee gehörten bekannte Rechtsanwälte aus den USA. Schweden,Frankreich,England an, und somit ging alles vor den Augen der Weltöffentlichkeit vonstatten. Prof. Sigrist sagte, daß die Medien unsere Köpfe vereinnahmen, daß er selbst auch ungeheuer aufpassen müsse, um nicht selbst dem dichten Lügengespinst zum Opfer zu fallen, das über alle Nachrichten zur RAF und der Isolationshaft gespannt ist.
Ich meine,daß insofern auch manipuliertes Bewußtsein weniger eine Frage von "bin ich linksradikal oder nicht?" sondern wie wir Alle täglich durch alle Medien manipuliert werden und auch die Auseinandersetzun damit uns dies bewußt macht.
Sigrist sagte weiter einen sehr wichtigen Satz, den ich leider wörtlich vergessen habe. Diese braunen Horden werden dann, wenn wir alle kämpfen, weil sich der Faschismus überall breit gemacht hat, alles wieder zurückbekommen, was sie jetzt mit der Spitze der revolutionären Bewegung machen. Sie werden es dann viel schwerer haben, weil sich dann die Wahrheit nicht länger verbergen läßt.
Das Folterkomitee, daß es wichtig ist zu verstehen, daß das System gebrochene Kämpfer vorzeigen will, daß die RAF-GEnossen tatsächlich verrückt gemacht werden sollen.
Auf vielen linken Flugblättern war nur etwas von körperlichen Auswirkungen geschrieben worden, z.T. aus Angst, zugeben zu müssen, daß Toter Trakt tatsächlich Tötung des Geistes bedeutet. Es ist aber doch eine Überschätzung der menschlichen Fähigkeiten und eine Unterschätzung der Quälerei, nicht zuzugeben, daß nach noch einem Jahr Toter Trakt die Genossen wirklich verrückt gemacht werden.
Wir dürfen nicht träumen vor lauter linker Routine.
DAS Häftlingskollektiv kritisierte, daß die RAF ihre Forderungen nach Aufhebung der Isolation nicht für alle Gefangenen aufgestellt habe. Daher würden Organisationen wie der Gefangenenrat den HS nicht unterstützen, und daher würde auch so leicht von ein paar Terroristen gere det werden können. Außerdem wäre die Sprache der RAF doch oft unnötig kompliziert, was hieße z.B. "counter insurgency" ? Darauf sagte sigrist, Gerministik-Professor, dies sei ein internationales Wort für die Strategie der Guerillabekämpfung und insofern "kein eigentliches Fremdwort".
Als eine Front im Kampf gegen die Isolation iim Knast (Isolation in der Isolation) würde das Häftlingskolle

tiv natürlich den Hungerstreik unterstützen, aber die Differenzen müßten politisch und nicht moralisch diskutiert werden. Z,B. fände es die Forderung, die RAF-Genossen alle in einem Knast zu konzentrieren, spalterisch.
Danach verlas man noch einen Beitrag von "People's Democracy" - etwas zum irischen Kampf(Siehe auch INFO 34). Er meinte noch, daß ein Hungerstreik nach einigen Wochen, beim Drosseln der Vitaminzufuhr, eine sehr starke Identität erfordert, da dieser Mangel dazu führt, daß einem der Kopf wandert, man sich sehr schlecht konzentrieren kann und kaum lesen und schreiben kann ohne Schwindelgefühle, Es gab keine Diskussion mehr, alles lief automatisch weg. Auf die Kritik vom Häftlingskollektiv wurde nicht eingegangen, ich hoffe, daß in diesem INFO ein Beitrag dazu ist, der da genau drauf eingeht.

BUCHEMPFEHLUNG :

THESEN ÜBER DEN BOLSCHEWISMUS

erschienen im kollektiv- verlag
Die thesen zum bolschewismus simd aus der selbstverständnisdiskussion der westeuropäischen rätekommunisten 1934 entstanden. Nach der kampflösen hinnahme des faschismus durch das deutsche proletariat verstärkte sich bei den resten der revolutionären rätebewegung eine grundsätzliche kritik an allenorganisatorischen und ideologischen formen der alten arbeiterbewegung. Die wiederauflage des textes soll auf der einen seite den diskussionsstand der leninismuskritik der 3oer jahre dokumentieren, auf der anderen seite dazu beitragen, daß die künftige kämpfende selbstständige klassenbewegung heute den Lenininismus als theorie, die "ihre knechtschaft und ausbeutung zu erhalten versucht" (Pannekoek), rechtzeitig erkennt und bekämpft.

Arbeitsrichter gibt auf

Seinen Rücktritt vom Richteramt hat der Lörracher Arbeitsrichter Bernd Klees erklärt. "Die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer können durch die Gerichte nicht mehr gewahrt werden!" sagte Klees vor der Presse. Die Unternehmer sprächen immer mehr "recht bedenkliche Kündigungen aus", die Richter würden dadurch mit Arbeit überlastet und könnten die rechtlich gebotene Kontrolle über die zunehmenden Entlassungen nicht mehr ausüben. Der daruch"drohenden Gefahr der Zerstörung der rechts- und sozialstaatlichen Ordnung" werde durch die Landesregierung von Baden-Württemberg nicht genügend entgegengetreten. Er wolle da nicht mehr mitspielen. Früher habe er monatlich etwa 45 Klagen zu bearbeiten gehabt, jetzt seien es 8o gewesen. Von Rechtsfindung könne da nicht mehr die Rede sein. (aus ED vom 17.1.75)

Massenproduktivkraft

Reis vom Sonnenherd TS 15.8.74

Peking (ddp). Die Chinesen werden ihren Reis bald auf sogenannten Sonnenherden kochen: Nach einem Bericht von Radio Peking hat die Schanghaier Radiofabrik Nr. 15 „mit Hilfe von Bruderfabriken sowie Forschungsanstalten und Hochschulen Schanghais" probeweise eine Anzahl von Sonnenherden hergestellt. Dabei handele es sich um einfache Kochherde, die die Wärmeenergie der Sonne nutzen und wie auf den Kopf gestellte Regenschirme aussehen. Die mit schirmförmigen Reflexionsspiegeln ausgestatteten Sonnenherde seien bereits probeweise an Volkskommunen geliefert worden.

wir suchen für unsere wg ein mädchen, das berufstätig ist (möglichst keine intellektuelle)
tel. 8817180 -

wir - 3 genossen - suchen platz in wg, bitte meldet euch unter folgenden tel.-nr.
8832945 (maria)
8812506 (stefan)
8812506 (billy)

Abdruck aus dem Informationsdienst des SOZIALISTISCHE LEHRERBUNDES im SOZIALISTBÜRO Nr. 20
(hat nichts zu tun mit dem westberliner SLB, der sich vor zwei wochen aufgelöst hat)

GEW BERLIN - RECHTE OPPOSITION GEGEN LINKE MEHRHEITEN

In landesverband Berlin der GEW rollt zur zeit ein rechtes lehrstück innergewerkschaftlicher undemokratie ab. Titel : wie man die linken zur strecke bringt. Wir erinnern uns: im frühjahr 1974 gab es bei den wahlen in der berliner GEW auf allen ebenen und in beinahe allen gremien einen erdrutsch zugunsten der linken (mehrheitlich unabhängige sozialisten und linge sozialdemokraten)+; ihre z.t. erfolgreiche basisarbeit und vor allem ihr geschlossenes auftreten im wahlkampf hatten im vergleich zu anderen landesverbänden erfolg gezeitigt.
Nachdem die linke vertreterversammlung (vv) einen "linken" vorstand (mehrheitlich sozialdemokraten) gekürt hatte, zog sich die erbitterte rechte zunächst zurück, bildete eine innergewerkschaftliche opposition und wartete auf eine günstige gelegenheit zum zurückschlagen. Diese gelegenheit bot sich ihr zunächst anläßlich des arbeitskampfes um die arbeitszeitverkürzung. Sie brachte das gewerkschaftliche bravourstück fertig, in der presse die mitglieder aufzufordern, bei der urabstimmung mit "nein" zu stimmen. Der vorstand verzichtete aus furcht vor austritten von mit der opposition sympathisierenden kollegen auf die einzig mögliche reaktion bei solch unüberbietbaren gewerkschaftschädigen handeln: ausschluß der fünf namentlich bekannten leuten der opposition.
Damit leitete er seinen niedergang und die krise der GEW Berlin ein: die opposition wußte nun, daß sie mit dem gespenst der austrittswelle den vorstand in der hand hatte..Sie entwickelte folglich die politik der permanenten erpressung.
Das fiasko der urabstimming und die verluste der GEW bei den folgenden personalratswahlen bedeutet eine weitere schwächung des vorstands. (s. "langer marsch" 13, nov. 74)
Doch um diesen ging es garnicht primär. Die parole hieß vielmehr : Kampf den linken mehrheiten, kampf dem einfluß der "kommunisten"! Und nun traten mächtige bundesgenossen auf den plan, die schon ungeduldig auf eine abrechnung gewartet hatten: von der vereinigten presse Westberlins über die rechte SPD-führung bis hin zur DGB-spitze; vor allem natürlich der große bruder aus frankfurt mit der ganzen reichen ernte vom Mainzer bundeskongreß (satzungsänderung, unvereinbarkeitsbeschluß).
Die vv am 9./1o. dezember sollte die stunde der wahrheit bringen. Es sollte offenbar werden, daß die linke nicht gewillt ist, den unvereinbarkeitsbeschluß (ub) hinzunehmen..Damit würde sie ihren führungsanspruch, ja ihre existenzberechtigung in der GEW verloren haben!
Der vorstand suchte zu retten, was nicht zu retten war : die einheit der gewerkschaft. Die opposition, die minderheit von ca. 13o deligierten (von rund 4oo anwesenden), drohte permanent mit ihrem auszug und gab sich mit keinem zugeständnis zufrieden; nachhaltige unterstützung fand sie bei den beiden delegierten Frister und Hoppe, die mit bundesintervention drohten. Die opposition wollte mehr. Sie wollte totale kapitualtion. Die vv sollte beschließen, daß der landesverband Berlin jegliche initiative zur aufhebung des ub unterläßt. Kompromißversuche wurden rigoros abgewiesen. Die vv lehnte diese zumutung natürlich ab. Daraufhin zog die opposition aus. Gerade noch beschlußfähig, faßte die vv folgenden beschluß: " Die GEW Berlin lehnt jede zusammenarbeit mit verfassungswidrigen gruppen ab. Sie bekennt sich nach ihrer satzung zur fdgo und erklärt ausdrücklich die geltung des ub des DGB im berliner organisationsbereich. Der landesverband Berlin setzt sich dafür ein, den ub auf satzungsgemäßem wege aufzuheben".
Nun kan der stein endgültig ins rollen. Der führer der opposition, studiendirektor dr. Lükemann, tritt aus der GEW aus, um ein zeichen zu setzen. Es folgen ihm fast nur kollegen seiner besoldungsgruppe und darüber (z.b. schulsenator Löffler). Die herren bilden eine "unabhängige gewerkschaftsgruppe", wollen im DGB verbleiben, wollen ihre mitgliedsbeiträge auf ein sperrkomto einzahlen und wollen der GEW wieder angehören, wenn diese wieder sauber ist.
Der geschäftsführende vorstand tritt gegen den widerstand der linken in ihm überhastet zurück. Zwei mitglieder, die inzwischen zur opposition übergelaufen sind, hatten durch ihren rücktritt vollendete tatsachen geschaffen, auf andere sozialdemokraten war massiver druck ausgeübt worden; allein aber konnten die linken den vorstand kaum tragen.
Der hauptvorstand beruft daraufhin für anfang april -75 eine a.o. vv mit dem ziel ein durch satzungsänderung vorzeitig neuwahlen möglich zu machen.
Der bessere teil der opposition bleibt in der GEW. Auf anraten Fristers führt er

eine unterschriftenaktion durch, die eine intervention der bundesspitze ermöglichen soll.
Am 19. dez. verkündet Frister auf einer pressekonferenz in Berlin - von der der berliner vorstand nicht in kenntnis gesetzt wurde- die geplanten maßnahmen, die bei den mehrheitsverhältnissen im bundeshauptausschuß(ha) auch jetzt schon als beschlossen gelten können:
1. Ausweitung des ub auf den Westberliner SLB, der politisch der SEW nahesteht. Begründung: Der SLB bilde eine von einer partei gesteuerten organisierten fraktion und wirke deshalb gewerlschaftsspalterisch. (Wie steht-s eigentlich mit dem organisierten einwirken der SPD auf die GEW, z.b. über die organisation der ASL)
2. Durchführung der neuwahl mit einem neuen wahlverfahren, der sog. urwahl. (bekanntlich scheiterte der versuch des ha, die urwahl breits in mainz in der bundessatzung zu verankern. jetzt soll der ha das'versäumte'nachholen. der ha regiert inzwischen gew, wobei die interpretation der satzung zu einer reinen machtfrage entartet ist - die fragwürdigen beschlüsse des ha zum status der studenten und des arbeitskreises junger lehrer und erzieher hatten das bereits sehr deutlich gemacht.) soweit die augenblickliche situation.

welche lehren können vorläufig aus dem stück gezogen werden? die linke - so stark sie in den demokratisch gewählten gremien vertreten ist -hat den konzentrierten angriffen von allen rechten seiten bisher nicht viel entgegengesetzt, sie zeigte sich geschockt und gelähmt . als gründe lassen sich anführen:
1. die erkenntnis, daß die basisverankerung dach relativ dünn ist (vgl. ergebnis der urabstimmung) und daß somit massive antikommunistische propaganda ihre resonanz findet.
2. die schwierigkeit, abzuschätzen, wie groß die austrittswelle bei einer konsequenten politik sein würde.
3. die illusion, durch beschwichtigung und nachgiebigkeit die gewerkschaftliche solidarität der rechten gewinnen zu können.
4. zuviel theoretische diskussion, zuwenig einsatzbereitschaft,organisation,technokratie, als es darum ging, bei der urabstimmung und den personalratswahlen konkrete ergebnisse herauszuholen.

die linkenin der gew berlin haben in der vergangenheit bewiesen, daß sie relativ geschlossen operieren können. sie haben sich nicht gespalten - dafür sollen sie jetzt abgespalten werden. salamitaktik ist die methode. erst die'chaotischen kommunisten' (maoisten), dann die 'realistischen kommunisten'(sew/dkp), und dann die 'kommunisten-sympathisanten' (unabhängige sozialisten und linke sozialdemokraten). zwischendurch aber auch schon einzelne unbequeme innergewerkschaftliche kritiker, wie z.b. detlev sieber (juso) aus hessen.

was ist zu tun?

die politik der nachgiebigkeit gegen die rechte konfrontations- und erpressungspolitik ist eindeutig gescheitert. die linken müssen jetzt wieder in die offensive. sie müssen die mitglieder mobilisieren - in schulgruppen und mitgliederversammlungen - und schonungslos das gewekschaftsfeindliche vorgehen der regierungstreuen rechten aufzeigen, durch dokumentation, artikel in der lehrerzeitung unterschriftensammlungen etc. errungene machtpositionen dürfen nicht einfach preisgegeben werden. eine solche verbliebene position ist z.b. die klare mehrheit in der vv, die durch neuwahlen auf der grundlage des vom bund oktroyierten urwahlsystems nicht wegegeben werden sollte und schließlich sollte der auseinandersetzung mit der gew - bund nicht länger ausgewichen werden. bei eindeutigen satzungsverstößen sollte auf das mittel der juristische intervention nicht mehr verzichtet weden.

Vor allem darf aber die linke sich nicht durch diese ihr aufgezwungene auseinandersetzung völlig absorbieren lassen sie muß an der konsequenten interessenvertretung festhalten und ihre bildungspolitischen aktivitäten voranzutreiben.

derspd beginnen die felle davonzuschwimmen. im bildungssektor sind reformen nicht mehr zu finanzieren., die arbeitsbedingungen werdeh schlechter. sozialisten, die ursachen aufzeigen, und die gesamtgesellschaftlichen zusammenhänge herstellen, sind in der gewerkschaft nich mehr zu verkraften. ist ihr einfluß gar zu groß, daß die gewerkschaft begimnt, politik und interessensvertretung unabhängi und unkontrolliert von der sp-d und ohne rücksichten auf die spd-regierung zu machen, dann ist jedes mittel recht, diesen versuch im keim zu ersticken. ENDE

IN EINER DER KOMMENEN INFO-BUG NUMMERN:
Die SEW und ihr "kampf" in der GEW

Montag Ruhetag Kneipe in Moabit
Schlauch
Rathenower str. 5
Bier 1.50 div. Weine ab 20 Uhr
Mt 1.60 div. Essen

KIRCHENKAMPF

"Haben Sie Kontakt zu Baader-Meinhof-Sympatisanten?"-Zum Berliner Kirchenkampf-

Während der Synode der ev. Kirche in Westdeutschland (ekid) Anfang Nov.74 suchte Frau Zühlke zusammen mit dem Gefängnispfarrer Hollop Ulrike Meinhof in ihrer U-Haft auf,nachdem durchgesickert war, Synodale sollten als Geiseln zur Durchsetzung von Hafterleichterungen entführt werden. Danach wurden strikt vertrauliche Gespräche unter Pfarrern bewußt staatlichen Stellen bekannt gemacht.Und das ging so vor sich: Der Gefängnispfarrer Hollop sprach vertraulich mit seinem Pfarrerkollegen nach dem Besuch von ihm und Frau Zühlke bei Ulrike Meinhof.Der Kollege sprach vertraulich mit seinem Vorgesetzten Superintendent; dieser informierte einem Synodalen,der einem hohen Posten in der Justiz hat;dieser informierte die Polizei.

Diese Information lenkte umgehend den Fahndungs- und Ermittlungsapparat samt rechte Presse Auf die Berliner Kirche.

Mindestens 20 Pfarrer wurden zur Vernehmung vorgeladen-und gingen zur polizeilichen Vernehmung,einzeln,ohne Beistände, ohne gemeinsame,vorherige Beratung miteinander,ohne Überlegungen,ob sie nicht mit Berufung auf das Zeugnisverweigerungsrecht Aussagen überhaupt verweigern sollten .Das Konsistorium,d.h. die kirchliche Exekutive stellte mit folgendem Fragebogen an die polizeilich vorgeladenen Pfarrer unter Beweis,daß es sich als Fortsetzung polizeilicher Ermittlungsinstanzen versteht. Wir bitten sie um dienstliche Äußerung zu folgenden Fragen:

1)Waren sie während der Besetzung der Kreuzberger Heilig-Kreuz-Kirche in dieser Kirche?Wenn ja,auf wessen Veranlassung, in welcher Funktion und mit welcher Absicht?

2)Hatten od er haben sie Kontakt zur Gruppe der Kreuzberger Kirchenbesetzer?od er einzelner ihrer Mitglieder?

3)Hatten oder haben sie Kontakt zu Gruppen oder einzelnen,die als Baader-Meinhof-Sympatisanten bezeichnet werden können?

4)Haben sie sich an kirchlichen Gruppen beteiligt,die im Anschluß an die Besetzung der Heilig-Kreuz-Kirche die dort aufgeworfenen Fragen weiter erörtert haben?

5)Wann und wo haben sie Frau Zühlke kennengelernt?

6)eine genaue Verlaufsschilderung der Veranstaltung im Haus der Kirche am4.11.74 und der anschließenden Gespräche vor dem Haus und in der Gaststätte Uniom.

7)Haben sie an der Synode der Ekid teilgenommen?

8)Waren sie bei Planungen beteiligt,die Ekid-Synode vor Störungen durch Baader-Meinhof-Sympathisanten zu schützen?wenn ja,wie sahen diese Planungen aus und welche Rolle war ihnen zugedacht?

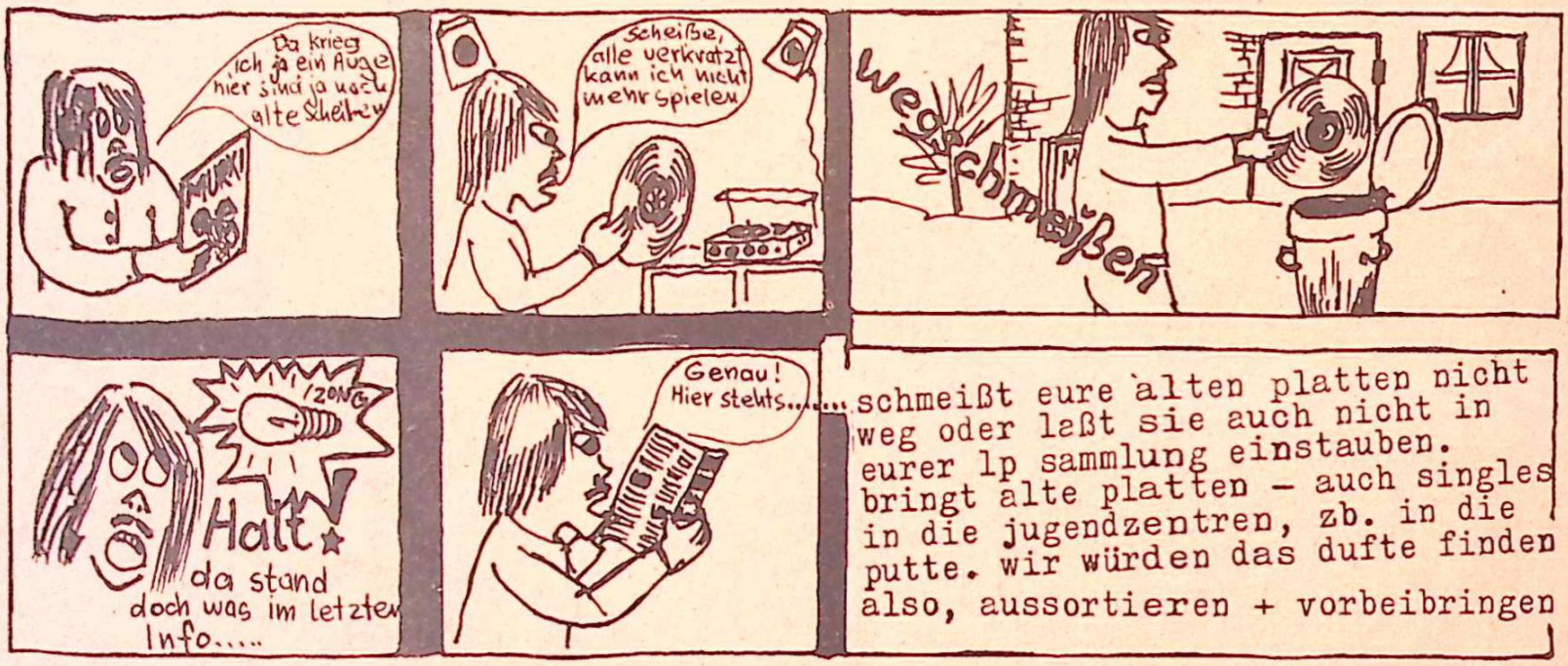
Wir bitten diese Fragen möglichst bald zu beantworten.Gegebenenfalls sollten andere Dienstliche Verrichtungen zurückgestellt werden.

(entnommen aus Informationsdienst NR.63)

RECHTS VOM BIER

jacky and his zahlungswillige linken!

am samstag hatten wir uns gedacht, gehen wir mal zu jacky in die tarantel. da uns gesagt wurde, letztes mal war um 1/2 10 der laden schon proppenvoll, sind wir extra schon um 1/2 9 hingefahren.
und siehe da. wir waren nicht die ersten. vor der tür stand schon eine schlange von wartenden. wir stellten uns dazu und dann kamen so wortfetzen von hier und da: mann, unser flugblatt war dufte...hab ich dir schon erzählt, daß ich ein duftes buch über volkskrieg in....wie flugblätter so sind, wahr und richtig.....usw.
na, nach 'ner 1/4 stunde hatten wir die kasse erreicht und zückten unsere 2 mark um den eintritt zubezahlen. doch, oh wunder! wir hatten die rechnung ohne den wirt gemacht. "das kostet 5 mark, 2 mark eintritt und 3 mark verzehr". na sowas, das kann doch wohl nur ein scherz sein. ich kniff mir in die backe. - aber es kostete immer noch 5 mark. "watt, 'n 5er kostet der spaß? die sind wohl'n bißchen blöde. ne, da machen wir nicht mit.komm, wir fahren!"
es wurde auch zeit, denn die wartenden hinter uns wurden schon ungeduldig."was denn nun, rein oder raus?" wahrscheinlich konnten sie es nicht abwarten, den 5er loszuwerden.
mir hat die ganze sache reichlich zu denken gegeben. hier zeigt sich nämlich deutlich, wie sehr die meisten politische arbeit nur im kopfe haben und sich von so'nem kneipje ohne zu murren 'nen 5er aus der tasche ziehen lassen. der laden ist am wochenende rammelvoll und es besteht überhaupt keine veranlassung uns zum saufen zuzwingen. wenn wir das eintrittsgeld für die band zahlen, sollte es ja wohl reichen.
wie kann man es überhaupt in einklang bringen, bilder von mahler, meinhoff und khaled an den wänden hängen zu haben und uns die kohle aus der tasche zu ziehen? entweder die bilder hängen da an der wand, um die politische einstellung der dort verdienenden zu verdeutlichen oder sie hängen da, um linke in die kneipe zu locken. so wie es am samstag aussah, spricht alles für's letztere. und wenn das der fall ist, sollten wir auf den laden pfeifen. auf alle fälle bedarf es einer klären den aussprache. vielleicht machen wir das mal am samstag.....



INFO-BUG im Abonnement

Einzelabonnement für Berlin und BRD

Schickt eine Postkarte mit deutlichem Absender an das INFO-BUG.
Überweist gleichzeitig 10.-DM (BRD: 11.-DM) auf eines der unten angegebenen Konten. Nach Eingang erhaltet ihr zehn Wochen lang das INFO.
Danach darf neu bestellt werden.

Sammelbestellungen für Berlin und BRD

Schickt eine Postkarte mit einer Anschrift und der wöchentlich gewünschten Anzahl des INFO an uns.
Der Preis errechnet sich für die Mindestdauer von zehn Wochen so:
5.-DM mal der Anzahl pro Woche plus 10 mal Porto plus 1,50DM für Versandmaterial.
Beispielrechnung für 5 Exemplare pro Woche in die BRD:
5.-DM mal 5 plus 10 mal o,70DM Porto plus 1,50DM Versandmaterial = 33,50DM

Porto für Sammelbestellungen:

Berlin:	2 INFOs	= o,60DM
	bis 5 "	= o,80DM
	bis 10 "	= 1,ooDM
	bis 16 "	= 1,20DM
	darüber	= 2,00DM
BRD:	2 INFOs	= 0,60DM
	bis 5 "	= 0,70DM
	bis 10 "	= 1,20DM
	darüber	= 2,00DM

NEUES KONTO!

Karl-Otto Porip
PschA BlnW
1190 34 - 101

INFO-BUG: 1-21 Stephanstr.60
Tel. 3958083
Mittwochs 19.30 Plenum
Sonntags ab 19.00 Redaktionssitzung
Montags 19.00 INFO-Legen

Das INFO gibt's :

-Zeitungsstand am Zoo
-Buchladen am Savignyplatz
-Politisches Buch, 15, Lietzenb.Str
-Bergengrün'sche Buchhandl., 19, Schloßstr.
-Commune, 33, Unter den Eichen
-Kino Bali, 37, Teltower Damm am S-Bhf.Zehlendorf
-FU, TU, PH - Mensen
-Kneipe Schlauch, 21, Rathenower Str
-Spectrum, 62, Coburger Str.
-Joshua's Teegalerie, 12, Pestalozzistr.
-Kastanie, 19, Schloßstr.
-Gitta's gute Stube, 19, Spand.Damm
-Grammophon, 12, Kaiser-Friedr.-Str.
-Motzkiste, 31, Hildegardstr. (dort gibt's am Mi., 15.1., Freibier)
-Stiege, 36, Oranienstr.
-Quinte, 30, Grunewaldstr.

INHALT

Wahl '75	2 - 4
Mittwochsplenum	4/5
Zeitschriften	6
Wagenbach-Prozess...	7
Nachrichten	8/9
Termine	10
SAK-Jur.-Aktion	11-13
FFH	13
Wohngeld	14
Hungerstreik	15/16
Buchempfehlung	16
GEW-Berlin	17/18
Kirchenkampf	19
Rechts vom Bier	19
Inhaltsverzeichnis..	20